



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/84 - 10.4.1954 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Schicksalsschwere Konsequenzen	S. 1
Finnland ohne Regierung	S. 3
Bemerkungen zur Haushaltsdebatte	S. 4

Potsdam - die letzte Brücke

(sp) Rücksichtsloses Machtstreben führt stets zu besonders verwerflichen Formen der politischen Demagogie. Was diese Bundesregierung sich in den vergangenen Jahren aus purem Parteiegoismus bei der Behandlung der Schicksalsfragen der Nation geleistet hat, ist der Mehrzahl der Staatsbürger gar nicht bewusst geworden. Jetzt aber stehen wir in einer Entwicklung, die die Tragwürdigkeit unserer nationalen Existenz deutlich werden lässt. Wer das öffentliche Interesse an Angelegenheiten, die völkerrechtlichen Charakter haben, gering und konnte daher die systematische Diffamierung der Gegner der Bonner Koalition vielfach auf fruchtbaren Boden fallen, so müssen wir jetzt erkennen, dass diese scheinbar abstrakten Probleme mitten in die deutsche Wirklichkeit hinein führen. Die Zukunft unseres geteilten Landes hängt von der Tragfähigkeit jener letzten Brücke ab, die Potsdam heißt.

Mit diesem Namen verbinden sich bittere Erinnerungen, denn im Potsdamer Abkommen legten die drei Siegermächte Amerika, England und Sowjetunion - Frankreich trat erst später hinzu - ihre Deutschlandpolitik fest. Die noch während des Krieges proklamierten Ziele des Kampfes gegen Deutschland wurden in dem Vertrag zu praktischen Massnahmen erhoben, für deren Ausführung der Alliierte Kontrollrat verantwortlich sein sollte. Der Bruch der Kriegsallianz setzte dem gemeinsamen Vorgehen bald ein Ende, aber der Vertrag blieb. In der Kritik an der Eigenentwicklung, die

10. April 1954

die Westmächte in ihren Besatzungszone erlebten, hat sich die Sowjetunion stets auf das Potsdamer Abkommen bezogen. Als die Bundesregierung dann darauf ging, die Konsolidierung der Bundesrepublik, die im Interesse der deutschen Einheit nur als provisorisches Staatswesen gedacht war, bis an den Punkt der Souveränität zu treiben, setzten die Westmächte diesen Bestrebungen selbst eine Schranke.

So erklärt es sich, dass das im ersten Entwurf des Generalvertrages enthaltene Wort von der Souveränität durch den Begriff einer inneren und äusseren Kontinuität ersetzt wurde. Die Westmächte haben nur einen Teil der obersten Gewalt, die sie mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen an den westdeutschen Staat zurückgegeben. Das haben Regierung und Koalition niemals wahrhaben wollen, obgleich die Westmächte ihre Haltung offen damit begründeten, dass sie auf der alliierten Ebene die völkerrechtliche Basis für die Wiedervereinigung nicht zerstören wollten - und die heisst Potsdam. In Yalta hatten sich die Grossmächte über die Aufteilung Deutschlands verständigt und noch die ersten Viermächte-Vereinbarungen, die in den Monaten nach der Kapitulation in Ausführung dieses Abkommens getroffen wurden, beruhten auf dem Prinzip der Teilung. Im August in Potsdam aber legten die Siegermächte sich darauf fest, die deutsche Einheit zu erhalten. Für jeden Deutschen musste es klar sein, dass eine Entbindung der Alliierten von dieser Verantwortung und Verpflichtung die Spaltung Deutschlands verewigen würde, denn nachdem in der Zone ein kommunistisches Zwangsregime errichtet war, konnte und kann nicht gehofft werden, dass die Deutschen selbst den Graben zu beseitigen vermöchten, der sie auf Grund der alliierten Politik trennt.

Wer die Hand an die letzte Klammer legt, die Deutschland umschliesst, will die staatliche Verselbständigung der beiden Teile für geschichtliche Zeiträume. Man konnte geraume Zeit im Zweifel sein, ob die Sowjets, wenn sie sich auf Potsdam beriefen, den Vertrag in seinem Inhalt oder nur in seiner völkerrechtlichen Bedeutung meinten, denn haben sie dann im Novemberbel vertäglich erklärt, dass von jenen Beschlüssen vieles überholt sei. Sie heben auf diesen Rechtstitel sicher auch deshalb gepocht, weil sie die Abtretung der Oder-Neisse-Gebiete daraus herleiten wollen, was jedoch die Westmächte mit Recht nicht anerkennen.

Auf dem Höhepunkt dieser Ausföhrungsverstärkungen, die sich natürlich im gleichen Masse verhörfen mussten, wie Bonn sich ausstreckte,

seine die Einheit zerstörende Vertragspolitik zu realisieren, hat die Bundesregierung dann etwas getan, was um Kopf und Kragen hätte kosten können, wenn diese Bonner Stimme von Gewicht gewesen wäre. Als Dr. Adenauer Mitte vergangenen Jahres mit allen Mitteln gegen eine Viermächte-Konferenz zu Felde zog und sogar seine Koalition einen entsprechenden Beschluss fassen liess, weil er fürchtete, Verhandlungen über die Schicksalsfrage der Nation könnten seinen kleineuropäischen Separatismus stören, behauptete er, Potsdam sei auch deshalb abzulehnen, weil dort die Oder-Neisse-Linie als endgültige Grenze festgelegt worden sei.

Damit ging die infamste Propaganda gegen die Sozialdemokraten einher, deren Hinweis auf die völkerrechtliche Bedeutung des Potsdamer Abkommens als Identifizierung mit der sowjetischen Deutschlandpolitik ausgelegt wurde. Alle Erklärungen halfen nichts, Dr. Adenauer blieb seiner Unwahrheit. Jetzt aber, da Moskau sich anschickt, aus der westlichen Integrationspolitik die Konsequenzen zu ziehen, mit denen es lange gedroht hatte, muss sich der gleiche Kanzler von den Westmächten belehren lassen, dass die endgültige Teilung Deutschlands nur verhindert werden kann, wenn das Potsdamer Abkommen erhalten bleibt. Als einzige Waffe, die der Kleineuropäer Adenauer in der Regierungserklärung gegen die angebliche Souveränitätsverlehnung an die Zone aufbringen konnte, dienten die Viermächte-Vereinbarungen von 1945. Ein Organ der Koalition gesteht freimütig ein, dass gegen die jetzt eingeleitete Entwicklung der endgültigen Spaltung die europäische Idee keine Abhilfe bietet.

Die Warnungen der Opposition haben sich in erschreckender Weise als berechtigt erwiesen, aber sie kann daraus nicht triumphieren. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Sowjetunion das Potsdamer Abkommen, auf das sich die Westmächte auch zur Wahrung ihrer Interessen berufen, als gebrochen erklären werden, wenn es zur Verwirklichung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft kommt. Schon jetzt spricht in Bonn niemand mehr davon, dass nur durch diesen Zusammenschluss die Wiedervereinigung erreicht werden könne. Wird die letzte Brücke gesprengt, stehen wir von der Tatsache, dass die Alliierten durch deutsche Schuld ihrer Verantwortung ledig sind.

Schwierige Regierungsbildung in Finnland

KRK, Helsingfors

Der finnische Reichstag, infolge der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten des Landes vorzeitig aufgelöst, hat sein Aussehen bei den eben durchgeführten Wahlen fast überhaupt nicht verändert. Die Parteien kehrten in ihn in alter Stärke zurück. Die Sozialdemokraten mit 54 und die Agrarier mit 53 Mandaten halten einander fast die Waage, die "Volksdemokraten" zählen nach wie vor 43 Mitglieder, und die bürgerlichen Gruppen unterlassen nie, darauf hinzuweisen, dass das Verhältnis zwischen bürgerlichen Parteien und "Linksgruppen" 104:96 zugunsten des Bürgertums ist.

Im übrigen aber sind die Schwierigkeiten, um deretwillen der Reichstag aufgelöst worden war, zwar ein wenig gemildert, aber noch lange nicht beseitigt. Und da sich die Reichstagsauflösung ja nicht wiederholen kann, muss man versuchen, auf den gegebenen politischen Grundlagen tragbare Lösungen zu finden. Das heisst, dass man in erster Linie bemüht sein muss, eine arbeitsfähige Regierung zu bilden. Dies ist leichter gewünscht als getan. Man rechnet in Helsingfors damit, dass sich die Verhandlungen um die Regierungsbildung einige Wochen hinziehen werden, obwohl es schon jetzt ganz offenbar ist, wie das Übereinkommen aussehen muss, wenn es den demokratischen Spielregeln entsprechen und Möglichkeiten zu fruchtbringender Arbeit enthalten soll.

Reichstagspräsident ist wiederum K.A. Pajerholm, der Führer der Sozialdemokraten. Sein agrarischer Gegenspieler Dr. Kekkonen, dem die Taktik mehr gilt als der Grundsatz, ist wiederum zum Führer der agrarischen Reichstagsgruppe gewählt worden, und zwar einstimmig. Das bedeutet, dass ihn die Agrarier als Regierungschef wiederhaben wollen. Die Sozialdemokraten wiederum weisen darauf hin, dass sie als die stärkste Partei Anspruch darauf haben, die Regierung zu führen, und sie beanspruchen darum den Posten des Ministerpräsidenten. Beide Gruppen sind sich aber jetzt schon darüber klar, dass die kommende Koalition von Sozialdemokraten und Agrariern getragen werden muss. Um diese Erkenntnis herum spielen sich nun die Gefechte um den Platz des Ministerpräsidenten ab. Die "Volksdemokraten" wol-

10. April 1954

ler natürlich mit in die Regierung und sind auch bereit, den Ministerpräsidenten in der Person Dr. Kilppis zu stellen. Im übrigen aber ist ihnen Dr. Kekkonen als Ministerpräsident lieber als K. A. Fagerholm. Die kleineren bürgerlichen Gruppen verlangen, dass der Ministerpräsident ein Bürgerlicher zu sein habe, also Dr. Kekkonen, der Freund der "Volksdemokraten", die weit davon entfernt sind, mit den Sozialdemokraten die "Linken" zu bilden.

In dieser Lage ist zwar guter Rat teuer, aber die Lösung liegt doch nahe zur Hand. Sie könnte darin bestehen, dass Reichsbankpräsident Tuomioja, der das letzte Kabinett geführt hat, an die Spitze einer sozialdemokratisch-agrarischen Koalitionsregierung tritt, die ausgeweitet werden könnte durch kleinere Gruppen, obwohl die beiden Parteien allein über die Mehrheit im Reichstag verfügen. Tuomioja gehört keiner Partei an, hat sich aber als ungemein geschickter Regierungschef erwiesen und genießt das Vertrauen aller demokratischen Gruppen. Aber es ist natürlich auch für die Sozialdemokraten tragbar, dass Dr. Kekkonen wieder Regierungschef wird. Sie haben eine solche Lösung jedenfalls bisher nicht strikte zurückgewiesen.

+ + +
 Parlament und Etat

(sp) Etatberatungen sind ein Kernstück der Aufgabenstellung jeder Volksvertretung. Trotzdem sind sie nur selten Höhepunkte parlamentarischer Spannung. Meist liegt es an der im Durchschnitt recht spröden Materie. Nur an bestimmten Einzeljets und -positionen pflügen sich hitzigere Auseinandersetzungen zu entzünden.

Auch die drei Tage Haushaltsdebatten im Bundesstag von Mittwoch bis Freitag vergangener Woche standen unter diesem Zeichen. Sie konnten übrigens nicht zweise geführt werden, vielmehr müssen in zweiter Lesung am 30. April noch die Einzelpläne der Verteidigungslasten und der sozialen Kriegsfolgeleistungen nachgezogen werden. Dass es gerade diese beiden Haushalte sind, wirft einen fast tragischen Schlaglicht auf eine Situation, in der man gleichzeitig viele Milliarden für den letzten und einen recht wohl möglichen neuen Krieg aufwenden muss.

Ein Hauptkennzeichen war die weitgehende Identifizierung von Bundesregierung und CDU-GBD. Von Seiten dieser Partei kamen kaum Beiträge,

Anregungen oder gar Widerprüche, wie es überhaupt üblich geworden ist, dass die Abgeordneten dieser Partei eine auffallende parlamentarische Abstinenz an den Tag legen. Bisweilen hat man den Eindruck, als sehe die CDU-CSU ihre Aufgabe mit dem 6. September als mehr oder weniger erledigt an und als glaube sie, den Rest einer Regierung überlassen zu können, deren wichtigste Ressorts ohnehin in Händen von eigenen Leuten liegen.

Anders liegen die Dinge bei der FDP, die unter der Führung Dehlers zu einer Art Oppositionspartei in der Koalition geworden ist - mit gedämpfter Lautstärke, versteht sich. DP und BHE sind inzwischen so still geworden, dass man dieses Schweigen nur mit der Genugtuung erklären kann, wenigstens in der Regierung vertreten zu sein, wenn man sich auch damit abfinden muss, kaum in Erscheinung zu treten.

So blieb, wie nicht anders zu erwarten war, die Kritik im wesentlichen der sozialdemokratischen Fraktion vorbehalten und - was ebenfalls nicht überraschte - dem Bundesrat, soweit es sich um die Schäfersche Steuer- und Finanzreform handelt, die für die zweite Hälfte des laufenden Haushaltsjahres bei der Aufstellung des Etats bereits berücksichtigt worden ist. Die Kritik aus den Ländern dürfte die wirksamere sein.

Für die Grundhaltung der Regierung ist ihre Stellungnahme zu einigen sozialdemokratischen Anträgen aufschlussreich: abgelehnt wurde z.B. ein Antrag zur Finanzierung des Luftschutzes, den Innenminister Schröder ebenso wie der Sprecher der Opposition für unumgänglich hielten, eine Milliarde von dem Neun-Milliarden-Etat des EWG-Vertrages abzuzweigen; abgelehnt wurde ein Antrag, den Bundeszuschuss für Berlin über 70 Millionen M hinaus auf 800 Millionen zu erhöhen; abgelehnt wurde ein Antrag, der sich gegen die Inanspruchnahme der laufenden Betriebsmittel der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung zugunsten des Ausgleichs des Bundeshaushalts (d.h. zur Abdeckung des Fehlbetrages) wandte.

Ein Hauptindruck der dreitägigen Haushaltsdebatte ist der, dass die Aktivität des Parlamentes auch ausserhalb der Opposition grösser sein sollte, als sie in Erscheinung trat, stärker auch der Wille der Abgeordneten, sich nachdrücklich^{er} gegenüber der starren Front der Ministerialbürokratie und ihrer Experten zu behaupten und durchzusetzen.